

PRESSEERKLÄRUNG des Aischtaler Filmtheaters

Warum wir den Betrieb unserer kulturfördernden Filmbetriebsstelle einstellen

Lange Jahre galten wir vom Aischtaler Filmtheater Höchststadt als sehr geschätzte und breit von Schule, KSK, Zeitungen, Landratsamt und Stadtregierung unterstützte „Kulturinstitution“ (Fränkischer Tag 2007). Unsere politische Orientierung als Programm kino und des Bildungsauftrags an Verfassung und Menschenrechten hat sich nicht verändert. Wir treten mit unserem Programm (was auch in gewissem Umfang für andere Programmkinos gilt – wobei wir nicht davon leben müssen, also freier sind) immer auch noch für sozial Schwache und gegen die Kriege – auch die verfassungswidrigen von deutschem Boden ausgehenden bzw. sie unterstützenden – weltweit ein, wenden uns gegen die verwendeten Uranwaffen – ein Kriegsverbrechen – engagieren uns für Umweltschutz und breite Bildung, sowie für den Erhalt von Grundwerten, in Erziehungsfragen und für Völkerverständigung.

Was auch in unserer aktuellen Doku „Das Drama von Höchststadt – Meinungsfreiheit am Ende?“ gezeigt wird: Wir veranstalteten gemeinsam mit Bewohnern der WAB Kosbach und anderen Mitbürgern eine Reihe Mahnwachen gegen Krieg und Elend, beteiligten uns unter dem damaligen Landrat Irlinger an den deutsch-polnischen Kulturwochen des Landkreises, setzten uns unter Beteiligung des Regisseurs von „Lost Children“ und gemeinsam mit Schülern der Realschule gegen Kindersoldaten ein, erstellten Spiel- und Dokumentarfilme, vermittelten Kindern „Wie die Bilder laufen lernten“, richteten Filmkurse bei den Barmherzigen Brüdern Gremsdorf ein und organisierten eine Vielzahl themenbezogener Spielfilme mit jeweiliger Möglichkeit zur offenen Diskussion, was von Besuchern sehr geschätzt wurde. Unsere Afrikafilmreihe 2006 unter Schirmherrschaft des damaligen Landrats Irlinger war wie die Reihe zu Polen, aber auch diejenige mit ihm gemeinsam zum Friedenswerk Karl Mays (Doku zur Ausstellung in der KSK Höchststadt) jeweils ein voller Erfolg. Bislang dachten wir, daß wir uns in einer Demokratie befinden und im Rahmen der Meinungsfreiheit auch oppositionelle Stellungnahmen möglich sind. Dies stellte sich als Irrtum heraus. Siehe auch TV Plattform unter www.aischtaler-filmtheater.net.

Erlangen, Nürnberg, Bamberg und Fürth treten schon länger dafür ein: „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace MfP), damit ein Kriegsverbrechen wie Hiroshima und Nagasaki nicht noch einmal sei. Und wir ergänzen: Und damit auch gegen Rußland nicht werden darf. MfP wurde und wird hier in Höchststadt unverständlichweise von Stadtrat und katholischem Kirchenvertreter boykottiert bzw. gilt nach unserer Wahrnehmung als nicht erwünscht. Nicht nur weil Höchststadt mitsamt dem katholischen Kirchenvertreter dieses Engagement, gestützt von einer Vielzahl von Mitbürgern, seit Jahren boykottiert, ergibt sich zwangsläufig eine Vermischung von Regionalpolitik und Weltpolitik. In Erlangen löste die Weigerung Erstaunen aus und wir wurden von OB Dr. Janik zur dortigen Unterstützung eingeladen.

Wir haben uns in den letzten 20 Jahren nicht verändert. Mittlerweile hatte sich jedoch der politische Wind in Richtung Stimmungsmache gegen Rußland hin zu Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gedreht und unser Antikriegsengagement sowie unsere von – auch gewerbetreibenden - Mitbürgern geteilte Kritik an einer konzernorientierten Stadtpolitik wurde aus dem Umfeld von Bürgermeister Brehm so massiv bekämpft, daß wir bei Dieter Gropps Leserbrief (Lb) vom 06.02.2018 – dem der Fränkische Tag (FT) für seine mobbingartigen Ausführungen eine Plattform bot - schon von Rufmord sprechen möchten.

Zu unseren kritischen Analysen anlässlich der Errichtung eines riesigen Einkaufszentrums führte Dieter Gropp (seinerzeit städtischer Arbeitskreis Kultur AKKU) aus: „Ulrike und Werner Schramm mischten sich mit ihrem Leserbrief wieder einmal in Dinge ein, von denen sie offensichtlich nur sehr wenig verstehen. ... Dabei haben diese beiden ‚beleidigten Leberwürste‘ doch wohl eher Grund dazu, der Stadt und ihren Bürgern dankbar zu sein dafür, dass sie nach ihrer ‚Kinoflucht‘ vor Jahren nach NRW erneut wieder in der Stadt geduldet werden und sogar ein neues Kino betreiben dürfen. ... Ich hoffe nur, dass die Schramms nicht noch auf die Idee kommen, auf dem Marktplatz eine Mahnwache gegen das ‚Aischpark-Center‘ zu organisieren...“ Und wenn, wer wollte uns mit was daran hindern? Er spricht im Lb weiter von „Angstgelaber“ und davon, daß wir „Störenfriede“ seien.

Die Abwehr nicht nur unseres Kinos, einem Kleinstgewerbe vergleichbar, gegen eine „Unterbietungskonkurrenz“ durch ein „Umsonst kino“ angebot auf Steuerzahlerkosten durch die Stadt hatte Bürgermeister Brehm u.a. so kommentiert: „Wir ziehen Kooperation vor statt Agitation“ (FT 24.12.2018) und Sabine Grasse assistierte damit, daß wir über Zeitungen mit „ dem leidigen Thema Kinostreit ... auch den letzten Mitbürger Höchststadts ... infizieren“ (FT 28.12.2018). Agitation bedeutet u.a. Aufruhr, Unruhe stiften. Bürger, die ihre demokratischen Rechte in Anspruch nehmen als Unruhestifter bzw. mit schädlichen, weil zu beseitigenden Bakterien oder Viren zu vergleichen, kennt man vom Denkansatz her nicht nur aus der ehemaligen DDR in ihrem Vorgehen gegen Oppositionelle, die es zu „zersetzen“ galt. Wenn es zudem das Ziel eines Parteikollegen des Bürgermeisters gewesen sein sollte, mittels solcher oder ähnlicher Methoden von zum Gegner abgestempelte Andersdenkende unschädlich zu machen, so hat es nicht geklappt, sondern eher in unserem Bevölkerungsumfeld genauso Abscheu hervorgerufen, wie der geschmacklose Faschingswagen 2019

PRESSEERKLÄRUNG des Aischtaler Filmtheaters

des Teams Riegler. Es erinnerte mit seinem Faschingswagen fatal an die Wiederkehr vergangen geglaubter, übler Zeiten. Der Kasperletheateraufbau – bestückt auch mit Kindern (Form von Mißbrauch?) - war folgendermaßen beschriftet: „Aischtaler Kasperle Theater Zum Schwachsinn verdammt“, wobei das „d“ durchgestrichen war und und durch ein „Schr“ ersetzt worden war. Auch hier fragen nicht nur wir uns: Die DDR mit ihrer Pathologisierung bzw. Psychiatrisierung von Abweichlern läßt grüßen?

Gilt mit der ganzen Entwicklung unsere Stadt ggfs. als „Testfeld“ hin zu möglichen Anzeichen der Errichtung einer Meinungsdictatur mit entsprechender Gleichschaltung und zeigt damit in eine unheilige Zukunft?

Mehr noch: Gegen die jährlichen Mahnwachen zu verschiedenen Antikriegsbestrebungen wurde speziell von Sabine Grasse gegen uns schmäherndes Gift verspritzt, wie es ein Mitbürger richtig charakterisierte. Welche Hintergrundverbindungen das Ehepaar Grasse (ebenfalls Umfeld des Bürgermeisters) ihrerseits und auch Dieter Gropp seinerseits zu jeweils entsprechenden Einflußkreisen haben mögen, soll hier nicht vertieft werden. Prof. Jochen Krautz analysierte in einem Strategie-Papier der Bertelsmann-Stiftung zur „Kunst des Reformierens“: „Demokratie nicht die Verwirklichung des Volkswillens, sondern eine Frage der geschickten Lenkung durch politische Eliten. Wer ‚Handlungsspielräume für Politik‘ durch ‚kluge Regierungsstrategien‘ eröffnen und sich nicht durch ‚Vetospiele‘ beirren lassen will, setzt einen autoritären, paternalistischen Politikbegriff voraus.“ Betrachtet man das Vorgehen von Bürgermeister und seinem Umfeld gggen uns, so könnten hier durchaus Parallelen entdeckt werden, zumal wir als „Meinungsführer“ gelten – die es für die öffentliche Wahrnehmung auszuschalten gilt?

Unsere Aufdeckung eines Lizenzbetrugs (normalerweise mit Gefängnis bis zu drei Jahren strafbewehrt), begangen unter Verantwortung von Bürgermeister Brehm und Frau Exner (AKKU), der zu einer Strafzahlung von 2600 Euro führte, sowie unsere Kritik gemeinsam mit anderen Geschäftleuten an der Errichtung eines riesigen Einkaufszentrums führte zu einer üblen Kampagne gegen uns und damit gegen unser Kino. Frei nach Mao: Strafe einen und erziehe hundert – so hat man schon oft Kontakte verleidet.

Der Fränkische Tag (FT), der als „Sprachrohr“ von Bürgermeister Brehm gilt, ergänzte mit dem Versuch einer mittlerweile von uns so erlebten totalen, sozialen Isolation, indem jede Meinungsäußerung bzw. Information von/über uns oder unserem Filmtheater verweigert wird. Wir lasen erschüttert die hetzerische Stimmungsmache gegen uns und unsere verdienstvolle Kulturarbeit (vom FT 2007 noch als „Kulturinstitution“ bezeichnet). an der sich besagter Dieter Gropp mit anstandslosen Absonderungen beteiligte. All dies machten wir und unsere jeweiligen Gesprächspartner in unseren Dokus „Wachstum ohne Gewissen?“ sowie „Das Drama von Höchststadt – Meinungsfreiheit am Ende?“ deutlich, die über Höchststadt hinaus viel Aufmerksamkeit erhalten. Beide Filme sind über Facebook unter Werner Schramm und auf unserer Homepage www.aischtaler-filmtheater.net anzusehen.

Eine städtische Jugendarbeit, die zudem den Konsum von ekelhaft brutaler „Unterhaltungsgewalt“ beinhaltet, muß sich als kritische Anmerkung gefallen lassen, ob eine Verrohung und Entsolidarisierung der jungen Generation - wieder einmal – „gefällig“ verpackt angebahnt werden soll? Wir haben gewaltverherrlichende Filme immer abgelehnt. Das ist der wahre Grund, warum eine Zusammenarbeit mit dem AKKU undenkbar ist – und deswegen könnten wir stören? Frieden ja, so lange man dem Krieg nicht im Wege steht.

Dank der Unterstützung des damaligen Landrats Irlinger sowie der Kreissparkasse HÖS unter Herrn Fiederling konnten wir unseren Gerätepark erweitern, also unser eigenes Gerät ergänzen. Unser Programm, das sich an dem der Lamm-Lichtspiele Erlangen orientiert(e) und mit denen wir nunmehr seit fast 20 Jahren erfolgreich zusammengearbeitet haben - mit seinen Thematisierungen und meinen Einführungen hier wirkte so, daß Mitbürger oftmals eine Stunde nachher jeweils noch sitzen blieben, um zu diskutieren. Mittlerweile fand ein Wechsel in der KSK hin zu Christian Enz, auch einem Kumpel von BM Brehm, statt, der uns mitteilte, daß für unsere Vereinsarbeit kein Geld zur Verfügung stehe. Einige Zeit später wurden 1,5 Mio. Euro für Vereine ausgeschüttet. Ein Schuft, wer Böses dabei denkt.

Wir waren und sind immer dafür, Dinge offen und ehrlich auszudiskutieren – allerdings lassen wir uns nicht mehr den Mund verbieten bzw. uns bevormunden. Wir können selber denken, dazu brauchen wir keinen Bürgermeister oder einen seiner „Wasserträger“ oder den FT. In Wahrnehmung unserer Rechte uns zu schmähen, wie offensichtlich mit Billigung durch den Bürgermeister Brehm geschehen, ist schändlich. Unsere Eltern haben nach dem Krieg das Land als demokratische Republik wieder mit aufgebaut, das zu bewahren sind wir ihnen schuldig.

Nun möchten wir kein Geld mehr in eine Stadt investieren, in der, von etlichen Ausnahmen abgesehen, unser Angebot aus politischen Gründen nicht (mehr) geschätzt wird. Da werden uns Grundrechte abgesprochen und es geht kein(!) Aufschrei durch die Stadt? Die von uns als „Selbstermächtigung“ der Zeitung FT genannte Ausgrenzung unserer Meinung und unseres Filmprogramms wurde einfach hingenommen! Unsere Vereinsarbeit wird in kleinerem Rahmen dennoch weiterbestehen.

Wer schweigt, macht sich mitschuldig?

© Ulrike und Werner Schramm, Höchststadt 01/2020